

Eine kritische Betrachtung empirischer Forschungsergebnisse

► Folgen „neuer Medien“ für demokratische Prozesse

Von Winfried Schulz*

Fragen nach dem demokratischen Potenzial „neuer“ Medien

Es sind drei Fragen, die im Allgemeinen an „neue Medien“ gerichtet werden, auch im Hinblick auf demokratische Prozesse: Was können neue Medien? Wer nutzt neue Medien und wozu? Und schließlich: Was bewirken neue Medien? Die Fragen beziehen sich also erstens auf die demokratischen Potenziale, zweitens auf die Verbreitung und Verwendung in demokratischen Prozessen und drittens auf die Folgen, auf Demokratiegewinne und -verluste. Die dritte Frage ist sicher die interessanteste und wichtigste Frage, sowohl aus Sicht der Demokratietheorie wie auch aus Sicht der praktischen Politik.

Vielzahl unterschiedlichster digitaler Medien relevant

Bei der Suche nach Antworten sind zunächst noch zwei weitere Fragen zu klären. Die erste lautet: Um welche „neuen“ Medien geht es? Zwar gibt es eine Gemeinsamkeit der Medien, die seit den 1990er Jahren als neu gelten, und die besteht darin, dass ihre Inhalte auf einer digitalen Codierung beruhen. Daher ist eine treffende Sammelbezeichnung: „digitale Medien“. Aber inzwischen gibt es eine so große Vielfalt unterschiedlicher Anwendungen, Genres, Formate und Nutzungsformen, dass eine allgemeine Aussage zur Rolle digitaler Medien in demokratischen Prozessen kaum möglich ist. Gleichwohl sind nach wie vor pauschale Aussagen über digitale Medien oder das Internet verbreitet, auch in der wissenschaftlichen Literatur, auf die ich mich im Folgenden beziehe. (1)

Welche demokratischen Prozesse sind betroffen?

Die zweite Frage lautet: Um welche demokratischen Prozesse geht es? Was digitale Medien bewirken, wird meist unter Bezug auf Prozesse der politischen Beteiligung und der Kontrolle politischer Macht diskutiert bzw. untersucht, ohne dies demokratietheoretisch genauer zu begründen. Allerdings ist oft im Hintergrund das Modell einer partizipativen oder deliberativen Demokratie erkennbar, explizit oder unausgesprochen in der von Habermas entwickelten Variante. (2) Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei erstens institutionalisierte wie auch spontane und unkonventionelle Beteiligungsformen, also Wahlen und Abstimmungen, Aktivismus und Protest, und zweitens deren Folgen für die Struktur der politischen Öffentlichkeit. Und drittens richtet sich der Blick auf die Organi-

sation der politischen Beteiligung und Machtkontrolle durch Parteien und Parlamente, NGOs und politische Bewegungen.

Traditionell stehen neue Medien unter Verdacht

Welches also sind die Folgen neuer Medien für diese politischen Prozesse? Wenn wir zurückblicken, uns also nicht nur auf die neuesten neuen Medien beschränken, so müssen wir feststellen: Traditionell stehen neue Medien immer unter Verdacht. Die allgemeine Öffentlichkeit verfolgt den Medienwandel vorwiegend kritisch und pessimistisch, und auch die Forschung vermutete zunächst negative Wirkungen. So war es schon beim Aufkommen der Massenpresse, des Kinofilms, des Radios und des Fernsehens.

Als Ende des 19. Jahrhunderts New Yorker Zeitungen begannen, breit über Sensationen, Klatsch und Skandale zu berichten und damit die Penny Press erfolgreich machten, beklagte der Autor einer frühen quantitativen Inhaltsanalyse: „... for now everything is so covered with the millinery of sensationalism that none but the wisest can detect the truth beneath“ (3). Die Erklärung dieses Medienwandels lieferte knapp drei Jahrzehnte später Walter Lippmann mit der Feststellung „news and truth are not the same thing, and must be clearly distinguished“ (4). Durch ihre Orientierung am Nachrichtenwert von Ereignissen befriedigen die Medien Bedürfnisse des Publikums und vermitteln zugleich ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Infolgedessen sind die Bürger und auch die Regierungen gezwungen, ohne ein zuverlässiges Bild der Welt zu handeln. (5)

Oder wenn wir nicht ganz so weit zurückblicken, nämlich auf den Siegeszug des Fernsehens als neues Medium. Nicht nur in den USA erregten Untersuchungen über das schiefe Weltbild der Vielseher und George Gerbners These vom politischen Mainstreaming breite Aufmerksamkeit. (6) In Deutschland war es Elisabeth Noelle-Neumanns These vom doppelten Meinungsklima und der Schweigespirale als Folge der Politikberichterstattung des Fernsehens. (7) Die empirische Kommunikationsforschung bemühte sich nun zunehmend um Erhärtung des Verdachts, das neue Medium vermittele eine verzerrte Weltsicht, fördere Politikverdrossenheit und politischen Zynismus, sei für den Verlust von Gemeinsinn und sozialem Vertrauen verantwortlich. (8)

Die Zeit der Internetoptimisten

Anders die Situation beim Aufkommen der neuen digitalen Medien. Die Debatte fokussierte sich nun mehr noch als früher auf ihre Rolle in demokratischen Prozessen. Aber der vorherrschende Tenor der Debatte war eher optimistisch, mitunter übertrieben euphemistisch. Diskutiert wurden vor allem die Potenziale der neuen Medien, und zwar meist in einem rosigen Licht. Kennzeichnend dafür ist eine viel beachtete Rede des damaligen US-Vizeprä-

Rückblick: Öffentlichkeit verfolgt Medienwandel kritisch und pessimistisch

Frühe Klagen über Sensationspresse

Mainstreaming und Schweigespirale: TV in der Kritik

Aufkommen digitaler Medien dagegen vorwiegend optimistisch aufgenommen

* Professor em. für Kommunikations- und Politikwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

sidenten Al Gore, in der er 1994 die Vision einer „Globalen Informationsinfrastruktur“ entwickelte. Er prognostizierte als Folge der Medienentwicklung eine Verbesserung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten und einen weltweiten Demokratisierungsschub. Bezeichnend etwa auch der Ton, den Howard Rheingold anschlug mit „The Virtual Community“ (9), einer vielzitierten Veröffentlichung noch vor Einführung des World Wide Web und der ersten Internetbrowser. Rheingold verkündete alle Verheißungen einer elektronischen Demokratie, die seitdem eine Vielzahl von Internetoptimisten faszinierte. Die frohe Botschaft lautete: Mit Hilfe neuer Medien wird das Informationsmonopol herkömmlicher Medien gebrochen, virtuelle Gemeinschaften ermöglichen herrschaftsfreie Diskurse und grenzüberschreitende Öffentlichkeiten, und vor allem werden die Bürger politisch ermächtigt. Das Internet macht enorme Wissensbestände verfügbar, befördert politische Partizipation, Deliberation und Transparenz. Das Schlüsselwort in der angelsächsischen Forschung lautete nun Empowerment. (10)

Web 2.0: Versprechen von Interaktivität und „Fünfter Gewalt“

Die optimistisch gefärbte Debatte bekam dann zehn Jahre später noch einmal neuen Schub mit der Weiterentwicklung zum sogenannten Web 2.0. Denn die interaktiven und kollaborativen Möglichkeiten sozialer Medien kamen dem Ideal einer „electronic democracy“ noch mehr entgegen. Sie faszinierten sogar einen alten Fahrersmann der kritischen politischen Kommunikationsforschung wie Jay Blumler und regten ihn an zu der mit Stephen Coleman entworfenen Vision einer digitalen Bürger-Allmende („civic commons“), einem Bereich im Internet, frei von staatlichem oder kommerziellem Einfluss unter einer Art öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. (11) Und andere, vor allem britische Autoren feierten das Internet als „Fünfte Gewalt“, als eine Institution, die eine besonders wirkungsvolle Kontrolle politischer Macht ermöglichte. (12)

Erst in jüngerer Zeit zunehmend düsteres Bild digitaler Medien

Es wäre aber ungewöhnlich und würde von dem aus der Vergangenheit bekannten Muster der Einstellung zu neuen Medien abweichen, wenn es nicht auch kritische Argumente zur Medienentwicklung gegeben hätte. Diese äußerte zwar auch schon Howard Rheingold 1993, sie wurden aber damals kaum beachtet. Erst in letzter Zeit verdüsterte sich zunehmend das Bild digitaler Medien. Eine ganze Reihe bedenklicher Entwicklungen ist dafür verantwortlich:

- Die überbordende Kommerzialisierung des Internets und die Enteignung der Daten der Bürger für kommerzielle Zwecke;
- die Web-Dominanz US-amerikanischer Firmen wie Google, Facebook, Amazon und eBay;
- das wachsende Risiko der Onlinenutzer, Opfer von Hackern und Virenangriffen zu werden;
- das Internet als Instrument für Betrug, Schmähungen und Verunglimpfungen, für Mobbing und Kindesmissbrauch;
- der Einsatz digitaler Medien für politische Hetze, Rassismus, Gräuelpropaganda und Terrorismus;

- Misserfolge politischer Bewegungen nach dem arabischen Frühling, in dem viele schon den endgültigen Beweis für die demokratisierende Wirkung neuer Medien sahen;
- Misserfolge auch der Piraten-Partei und ihres Experiments einer Liquid Democracy;
- das erschreckende Ausmaß der Ausspähung digitaler Kommunikation durch Geheimdienste;
- und eine immer wirksamere Kontrolle des Internets durch autoritäre Regierungen.

Der China-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung berichtete Ende Oktober 2014 in einem ganzseitigen Beitrag über „das chinesische Modell, die neoautoritäre Inbesitznahme des Netzes – im Moment funktioniert das prima. Und es strahlt aus. Andere nehmen sich ein Vorbild an Peking, dem Vorreiter in Sachen raffinierte Netzmanipulation. Vietnam, Russland, Saudi-Arabien.“ (13)

Umorientierung der Forschung

Parallel zum veränderten Tenor der öffentlichen Debatte setzte ein Perspektivenwechsel in der Forschung ein. Erste empirische Untersuchungen schienen zunächst die Hoffnungen der Internetoptimisten zu bestätigen. Wurden beispielsweise Angaben zur Nutzung verschiedener Medien mit Indikatoren des politischen Engagements korreliert, so ergab das ein sehr klares Bild. Während praktisch alle Formen des politischen Engagements mit intensiver Fernsehnutzung negativ korrelierten, waren die entsprechenden Beziehungen mit intensiver Internetnutzung ausnahmslos und zum Teil stark positiv. (14) Doch solche korrelativen Analysen taugen nicht, um die Folgen der Nutzung unterschiedlicher Medien abzuschätzen. Sie vergleichen nur Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Merkmalen. Vielfernseher sind meist unpolitisch und nicht so leicht politisch zu mobilisieren. Dagegen sind intensive Internetnutzer interessierter und politisch aktiver, auch weil sie besser ausgebildet sind, und das galt insbesondere für die Internetpioniere. Mit der Zeit haben sich die Unterschiede zwar verringert, gelten aber tendenziell noch immer.

Heute ist es zwar üblich, Analysen des Zusammenhangs zwischen Mediennutzung und politischem Engagement multivariat zu kontrollieren. Aber auch dann ist die Evidenz der Ergebnisse nicht wirklich überzeugend. Zum einen bleibt die Kausalrichtung unbestimmt, wenn Zusammenhänge an Querschnitterhebungen untersucht werden, auch wenn die Analysen noch so sorgfältig kontrolliert sind. Zum anderen steht die Verallgemeinerungsfähigkeit in Frage, wenn die Ergebnisse aus Onlinestichproben stammen, was zunehmend der Fall ist. Eine systematische Meta-Analyse von Untersuchungen des Zusammenhangs zwischen Internetnutzung und politischem Engagement belegt das anhand von 38 amerikanischen und kanadischen Arbeiten mit insgesamt 166 Internet-Effek-

Studien zur positiven Wirkung des Internets nicht überzeugend

ten, meist aus Querschnitterhebungen. (15) Die Autorin hält es gleichwohl für gerechtfertigt, von einem eher positiven Effekt des Internets auf das politische Engagement zu sprechen. Doch der Effekt sei nur minimal.

**Langzeitunter-
suchung ermittelt nur
geringe Effekte,
Generationenwandel
entscheidender**

In die gleiche Richtung weisen die Ergebnisse einer methodisch soliden Langzeitstudie von Martin Emmer, Gerd Vowe und Jens Wolling zur Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. (16) Die Untersuchung setzt 2002 ein, als die Mehrheit der deutschen Bevölkerung noch nicht online war, und läuft bis zum Jahr 2009 mit insgesamt sieben Panelwellen, also wiederholten Befragungen derselben Leute. In diesem Zeitraum wurden gut 20 Prozent der Bevölkerung zu Internetnutzern. Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage, ob und wie der Internetzugang die politische Kommunikation der Bürger verändert. Veränderungen können die Autoren tatsächlich nachweisen. Aber es sind keine dramatischen Veränderungen, und soweit sie eintreten, sind dafür meist auch andere bedingende oder interagierende Faktoren verantwortlich, zum Beispiel ein Generationenwandel. Jüngere Alterskohorten eignen sich neue Medien anders und bereitwilliger an als ältere, sodass aus dem Heranwachsen jüngerer Kohorten schließlich ein Wandel im Aggregat resultiert, vor allem eine Veränderung der Nutzungsstile. Dabei erweist sich – neben soziodemografischen Merkmalen und situativen, zeitgeschichtlichen Bedingungen – die politische Einstellung als ein differenzierender Faktor. Über die Quellennutzung hinaus überprüfen die Autoren auch verschiedene Formen der politischen Beteiligung. Ihr Resümee lautet: „Bei der Partizipation bleiben Effekte des Internets weitgehend aus.“ (17)

Folgen für die Demokratiequalität

Das sehen auch die Autoren eines vielbeachteten Forschungsüberblicks so, der 2011 veröffentlicht wurde. (18) Sie treffen eine wichtige Unterscheidung: Bedeutsamer als für konventionelle Formen der politischen Beteiligung sind die neuen Medien für die Beteiligung an unkonventionellen Formen, also für zivilgesellschaftliches Engagement, für Protest und Revolte. Das gilt mehr noch für die Möglichkeiten, die das Web 2.0 bietet. Die Autoren konzentrieren einen Großteil ihres Forschungsüberblicks auf die Suche nach Evidenzen für die von Habermas formulierten Kriterien einer deliberativen Öffentlichkeit (siehe oben). Das Ergebnis ist unterschiedlich. Die Forderung nach einer breiten Inklusion der Bürger wird wegen der nach wie vor bestehenden digitalen Klüfte nicht eingelöst. Wenig wirksam sind Internetaktivitäten auch bei der Beeinflussung der politischen Agenda; auszunehmen sind da nur politische Skandale und deren Aufdeckung durch Whistleblower. Positive Aspekte zeigen sich zwar, was die Gleichheit und Reziprozität

**Ebenfalls keine
eindeutigen Belege
für Wirkung des
Web 2.0**

politischer Diskurse der Internetnutzer betrifft. Jedoch sind diese Diskurse nicht, wie erhofft, frei von externen Zwängen. Denn das Internet wird weitgehend von politischen Autoritäten und kommerziellen Interessen kontrolliert.

Neben den Merkmalen einer deliberativen Öffentlichkeit, wie Habermas sie definiert, lassen sich auch andere Maßstäbe der Demokratiequalität heranziehen. Es gibt inzwischen eine Reihe von Ansätzen, die sich darum bemühen, Demokratiequalität zu definieren und zu operationalisieren, beispielsweise des schwedischen Quality of Government Institute (19) oder des Democracy Barometer Zürcher und Berliner Wissenschaftler. (20) Sie dienen primär dazu, das Demokratielevel von Ländern international zu vergleichen, auch Demokratiegewinne und -verluste über die Zeit zu ermitteln. Es liegt nahe, dabei auch nach Zusammenhängen mit dem Entwicklungsstand bzw. dem Entwicklungsverlauf neuer Medien zu suchen.

Ein Beispiel dafür ist die international vergleichende Zeitreihenanalyse der Entwicklung in 72 Ländern von Jakob Groshek. (21) Der Autor geht etwaigen demokratisierenden Effekten der Internetverbreitung im Zeitraum von 1994 bis 2003 nach, und zwar unter zusätzlicher Berücksichtigung der Demokratieentwicklung in den 40 Jahren davor. Operationale Definition der Demokratieentwicklung ist die Veränderung des „democracy score“ des amerikanischen Center for Systemic Peace. Dieser Kennwert misst verschiedene institutionelle Voraussetzungen politischer Partizipation. Das Ergebnis der aufwendigen Analysen ist überwiegend negativ. Nur für drei von 72 Ländern gibt es demnach einen statistisch gesicherten Zusammenhang zwischen Internetdiffusion und Demokratisierung, und zwar für Kroatien, Indonesien und Mexiko. Der Autor geht im Einzelnen den Entwicklungen in diesen drei Ländern nach. Dabei zeigt sich, dass sie immer auch auf zusätzliche Bedingungen zurückzuführen sind. Im Falle Kroatiens ist es, neben anderen Faktoren, die Orientierung hin zur Europäischen Union, die 2001 zum Assoziierungsabkommen (und inzwischen zur EU-Mitgliedschaft) führte. Im Falle Indonesiens erhielt die Internetverbreitung entscheidende Anstöße durch politische Umbrüche nach dem Sturz Suhartos und durch die wirtschaftliche Erholung nach der Asienkrise Ende der 1990er Jahre. Und auch im Falle Mexikos spielen ökonomische Entwicklungen wie der Beitritt zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) eine Rolle, ebenso Veränderungen im politischen System unter dem Einfluss der Zapatista-Bewegung. Groshek testet implizit – und falsifiziert – eine Technikdeterminismus-These, die beim Aufkommen der digitalen Medien den Blick auf deren politische Potenziale verengt hat.

Zweifel am Einfluss auf Wähler

Dass sich die Potenziale neuer Medien realisieren lassen, scheint noch am ehesten für Akteure der politischen Meso-Ebene zu gelten, besonders für

**Internationale
Vergleichsstudie:
Zusammenhang
zwischen Internet
und Demokratisierung**

**Effekte am ehesten
auf der politischen
Meso-Ebene**

politische Parteien, NGOs und soziale Bewegungen etwa bei der Rekrutierung von Mitgliedern und Anhängern, bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit und der Organisation von Kampagnen. Es gibt beispielsweise eine große Faszination darüber, was sich alles mit digitalen Medien im Wahlkampf machen lässt. Immer wieder wird dabei auf die Obama-Kampagne 2008 verwiesen, die der Legende nach durch den innovativen Einsatz digitaler Medien den Sieg brachte. Doch an dieser Deutung gibt es auch Zweifel. So meint der Kampagnenberater Frank Stauss, dass bei der Obama-Wahl 2008 die Fernsehkampagne der wahlentscheidende Faktor war, denn Obama steckte 22-mal mehr Geld in das ‚alte‘ Medium TV als ins Web. (22) Der Autor konzidiert, online sei „gut und richtig“, mahnt aber, die nach wie vor große Bedeutung konventioneller Kampagnenmedien nicht zu übersehen. In Deutschland trifft das vor allem auf Plakate zu.

Internet und Wahlverhalten in Deutschland

Auch bei der Mehrheit der deutschen Wähler ist die digitale Revolution noch nicht angekommen. Das zeigten erst wieder Umfragedaten zur Mediennutzung bei der Bundestagswahl 2013. Zwar sagten 47 Prozent der in den letzten beiden Wochen vor dem Wahltag befragten Wähler, sie hätten sich über Politik oder Parteien im Internet informiert (und zwar meist bei den Onlineausgaben herkömmlicher Medien). Aber der Anteil derjenigen, die selbst Beiträge über Parteien oder Wahlkampf auf Facebook oder Twitter eingestellt haben, lag unter 1 Prozent. (23) Ganz allgemein nutzen Onliner das Internet weit häufiger passiv denn aktiv. (24) Für Politik gilt das noch weit mehr als für andere Inhalte und Anwendungen.

Geringe Wirkung der Onlineaktivitäten von Parteien und Kandidaten

Der Frage, ob und welche Potenziale der digitalen Medien realisiert werden, geht eine Studie von Frank Marcinkowski und Julia Metag nach. (25) Anstatt den Onlineeinsatz im Wahlkampf bloß zu beschreiben, wie das schon sehr oft getan wurde, untersuchen sie, ob sich der Einsatz wirklich lohnt. Sie vergleichen die Onlineaktivitäten von Direktkandidaten mit ihren jeweiligen Stimmengewinnen bei den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen der Jahre 2009 bzw. 2010. Die Ergebnisse sind uneinheitlich. Bei der Bundestagswahl ist ein Zusammenhang zwischen Onlineaktivitäten und Stimmengewinnen nicht erkennbar – außer für Kandidaten der Partei Die Linke, und zwar durch deren persönliche Webseiten. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zeigen sich allgemein – also für alle Kandidaten – marginale Vorteile in Abhängigkeit von Erwähnungen in Online-Nachrichtenquellen (wie Google News) und von Abonnentenzahlen auf Facebook. Bei der Kommunalwahl in NRW gibt es überhaupt keine Stimmengewinne durch Onlineaktivitäten der Kandidaten. Anders als von den Autoren angenommen, nehmen also Einflüsse im föderalen System von oben nach unten nicht zu, sondern ab und verschwinden auf der kommunalen Ebene ganz. Schließlich: Bei keiner der untersuchten Wahlen zahlte sich der Ein-

satz von Web-2.0-Applikationen wirklich aus. Und die Stimmengewinne dank der persönlichen Webseiten der Linken bei der Bundestagswahl 2009 waren offenbar dadurch bedingt, dass die Kandidaten weitgehend unbekannte Außenseiter waren.

Fazit

Gibt die bisherige Forschung eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage, was neue Medien in demokratischen Prozessen bewirken? Jedenfalls lassen die Ergebnisse keine Entscheidung darüber zu, ob die neuen Medien eine Revolution demokratischer Prozesse herbeiführen oder doch nur eine Normalisierung, das heißt „politics as usual“, wie die von Michael Margolis und David Resnick gestellte und vielfach wiederholte Frage lautet. (26) Die Frage ist falsch gestellt. Wenn man genauer hinschaut, gibt es natürlich Veränderungen. So tragen die neuen Medien dazu bei, dass sich der Trend der Medialisierung politischer Prozesse fortsetzt. (27) Manche der Veränderungen mögen das Etikett „revolutionär“ rechtfertigen. Aber es gibt genauso auch Prozesse der Normalisierung – und viele Nulleffekte. Es kommt wie immer, wenn man Medieneffekte zutreffend erklären will, auf die Kontexte und Bedingungen an, auf moderierende und interagierende Faktoren. Davon hängt die Realisierung der Potenziale digitaler Medien ab. Einfache Antworten kann man nicht erwarten, erst recht nicht, wenn empirische Untersuchungen theoretisch gut vorbereitet und methodisch elaboriert vorgehen.

Dies trägt dazu bei, dass der Stand der Forschung zunehmend komplex erscheint und mitunter widersprüchlich, wie das auch früher immer der Fall war bei Überblicken über die Wirkung der herkömmlichen Medien. Für digitale Medien gilt das gleiche Resümee, das schon Bernard Berelson 1948 in dem wahrscheinlich frühesten Forschungsüberblick über die Wirkung der damals neuen Medien gezogen hat. (28) Er fasste die Ergebnisse mit der oft kritisierten, weil missverstandenen Formulierung zusammen: „Some kinds of communication on some kinds of issues, brought to the attention of some kinds of people under some kinds of conditions, have some kinds of effects“. (29) Das klingt wie eine Bankrotterklärung der Forschung. Doch Berelson benannte nur die wichtigsten zu spezifizierenden Bedingungen für Medienwirkungen, und die gelten auch für Folgen neuer Medien in demokratischen Prozessen.

Anmerkungen:

- 1) Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor auf Einladung des Instituts für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im November 2014 in Wien gehalten hat.

Viele Faktoren beeinflussen Potenziale digitaler Medien

Stand der Forschung zunehmend komplex

- 2) Das Konzept der deliberativen Demokratie ist ein Idealmodell, das bestimmte (hohe) Anforderungen an Prozesse der Meinungs- und Willensbildung stellt, unter anderem Öffentlichkeit und Transparenz, gleichberechtigte Teilhabe der Bürger und zwangsfreie, rationale Argumentation.
- 3) Vgl. Speed, John Gilmer: Do newspapers now give the news? In: *Forum* 15, 1893, S. 705-711.
- 4) Vgl. Lippmann, Walter: *Public opinion*. New York 1922, S. 358.
- 5) Vgl. ebd., S. 365.
- 6) Vgl. Gerbner, George/Larry Gross: Living with television. The violence profile. In: *Journal of Communication* 26, 2/1976, S. 173-199; Gerbner, George/Larry Gross/Michael Morgan/Nancy Signorielli: Charting the mainstream: Television's contributions to political orientations. In: *Journal of Communication* 32, 2/1982, S. 100-127.
- 7) Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: *Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie*. Freiburg 1980.
- 8) Vgl. Cappella, Joseph N./Kathleen Hall Jamieson: *The spiral of cynicism. The press and the public good*. New York: 1997; Putnam, Robert D.: Tuning in, tuning out: The strange disappearance of social capital. In: *Political Science and Politics* 28, 1995, S. 664-683.
- 9) Vgl. Rheingold, Howard: *The virtual community. Homesteading on the electronic frontier*. Reading, Mass. 1993.
- 10) Vgl. Scullion, Richard/Roman Gerodimos/Daniel Jackson/Darren G. Lilleker (Hrsg.): *The media, political participation and empowerment*. New York 2013.
- 11) Vgl. Coleman, Stephen/Jay G. Blumler: *The Internet and democratic citizenship. Theory, practice and policy*. Cambridge 2009.
- 12) Vgl. Dutton, William H.: The Fifth Estate emerging through the Network of Networks. In: *Prometheus: Critical Studies in Innovation* 27, 2009, S. 1-15.
- 13) Vgl. Strittmatter, Kai: Ausgeträumt. In: *Süddeutsche Zeitung* v. 25. 10. 2014, S. 49.
- 14) Vgl. Schulz, Winfried: *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden 2011, S. 159.
- 15) Vgl. Boulianne, Shelley: Does Internet use affect engagement? A meta-analysis of research. In: *Political Communication* 26, 2009, S. 193-211.
- 16) Vgl. Emmer, Martin/Gerhard Vowe/Jens Wolling: *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz 2011.
- 17) Vgl. ebd., S. 302.
- 18) Vgl. Neuman, W. Russell/Bruce Bimber/Mathew Hindman: The Internet and four dimensions of citizenship. In: Shapiro Robert V./Lawrence R. Jacobs (Hrsg.): *The Oxford Handbook of American Public Opinion and the Media*. Oxford 2011, S. 22-42.
- 19) Quelle: www.qog.pol.gu.se/ (15.3.2015).
- 20) Quelle: www.democracybarometer.org (15.3.2015).
- 21) Vgl. Groshek, Jacob: A time-series, multinational analysis of democratic forecasts and Internet diffusion. In: *International Journal of Communication* 4, 2010, S. 142-174.
- 22) Vgl. Stauss, Frank: *Höllennritt Wahlkampf. Ein Insider-Bericht*. München 2013, S. 34.
- 23) Vgl. Schulz, Winfried: *Medien und Wahlen*. Wiesbaden 2015.
- 24) Vgl. Eimeren, Birgit van/Beate Frees: 79 Prozent der Deutschen online – Zuwachs bei mobiler Internetnutzung und Bewegtbild. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2014. In: *Media Perspektiven* 7-8/2014, S. 378-395.
- 25) Vgl. Marcinkowski, Frank/Julia Metag: Lassen sich mit dem Internet Wählerstimmen gewinnen? In: *Publizistik* 58, 2013, S. 23-44.
- 26) Vgl. Margolis, Michael/David Resnick: *Politics as usual. The cyberspace „revolution“*. Thousand Oaks 2000.
- 27) Vgl. Schulz, Winfried: *Mediatization and new media*. In: Esser, Frank/Jesper Strömbäck (Hrsg.): *Mediatization of politics. Understanding the transformation of Western democracies*. Basingstoke 2014, S. 57-73.
- 28) Vgl. Berelson, Bernard: *Communication and public opinion*. In: Schramm Wilbur (Hrsg.): *Communication in modern society*. Urbana, IL 1948, S. 167-185.
- 29) Vgl. ebd., S. 172.

